

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

26.10.2020

HAUSHALT

2021

Antrag zum Thema

KfZ Abmeldung gegen KVV Jahresticket für Senioren und darüber hinaus!

▶ Zuordnung im Haushaltsplan				
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt			
▶ 114	▶ 2000			
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition				
▶ 54 5470-200				
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme				
▶				
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen				
Art	2021	2022	2023	2024
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung				
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen				
Transferaufwendungen	50.000	50.000	50.000	50.000
Transferaufwendungen	20.000	20.000	20.000	20.000
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
Bitte aus Liste auswählen				
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk				
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung				
▶ davon zahlungswirksam in				
Sonstige Änderungen				
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen				
s. Hinweis - F1-Taste !				

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

▶ Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶ KVV
▶ Sachverhalt Begründung

Der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

1. Die Verwaltung erarbeitet eine stadtweite Initiative, um Senior*innen ab 65 Jahren bzw. Menschen im Rentenbezug ab 60 Jahren dazu zu animieren, ihr Kfz gegen ein einmaliges KVV Jahresticket für 2 Zonen das abzumelden.
2. Zusätzlich wird es grundsätzlich allen Karlsruher*innen ermöglicht, bei Abmeldung des Kfz das einmalige KVV Jahresticket zu erhalten. Auch hier soll das Jahresticket für 2 Zonen gelten. Pendler*innen können nach Vorlage ihres Arbeitsortes ein Jahresticket für bis zu 7 oder mehr Waben erhalten.
3. Für Maßnahmenpunkt 1 sind 50.000€ in den Haushalt einzustellen. Zusätzlich werden 20.000 € pro Haushaltsjahr für Antragspunkt 2 bereitgestellt. Diese Summen sollen für den Verlustausgleich für den KVV verwendet werden.

Begründung:

Für viele Senior*innen ist die Frage nach der Abgabe des Führerscheins im höheren Alter ein sensibles Thema. Zwar verursachen Senior*innen trotz eines Bevölkerungsanteils von 20 Prozent lediglich 14 Prozent aller Unfälle. Wenn aber über 64-Jährige als PKW-Fahrer*innen an einem Unfall beteiligt sind, so trugen sie im Jahr 2016 in 67 Prozent der Fälle die Hauptschuld. Bei den über 74-Jährigen steigt die Zahl sogar auf 75 Prozent*. Zum Vergleich: Selbst in der Hochrisiko-Altersgruppe der 18- bis 21-Jährigen waren „nur“ 71 Prozent aller Unfälle selbst verschuldet**. Die individuelle Thematik entzieht sich pauschalen gesetzlichen Regelungen, fährt doch die eine mit 80 Jahren noch deutlich besser als der andere mit 60.

Eine freiwillige Option auf Führerscheinverzicht, gekoppelt an ein alternatives Mobilitätsangebot, lädt Senior*innen daher nicht nur dazu ein, sich mit dem Thema Fahrfähigkeit und Alternativen auseinanderzusetzen, sondern bietet auch konkrete Vorteile. Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe bleiben erhalten, die oft vorhandene Schwelle zum Übergang in die ÖPNV-Nutzung wird gesenkt. Und viele Senior*innen, denen die Führerscheinrückgabe mit einem Jahresticket versüßt wird, bleiben voraussichtlich auch in den Folgejahren beim ÖPNV.

Eine Führerschein-gegen-Seniorenticket-Initiative sensibilisiert ältere Autofahrer*innen, hilft Unfälle zu vermeiden und wirbt ganz allgemein für die stärkere Nutzung des ÖPNVs. Angesichts der Luftschadstoff- und Lärmbelastung sowie Stau und Fahrverboten ist jede*r Einzelne, die*der vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigt, jeder PKW, der nicht mehr weiter betrieben wird, ein Gewinn für Mensch und Umwelt. Dies trägt auch den verabschiedeten Zielen einer nachhaltigen Mobilität im Rahmen des Klimaschutzkonzepts der Stadt Karlsruhe Rechnung.

Darüber hinaus geht die demographische Entwicklung auch an Karlsruhe nicht vorbei. Mehr ältere ÖPNV-Nutzer*innen bedeuten mehr Nachfrage und die notwendigen Impulse zum Ausbau eines seniorengerechten öffentlichen Nahverkehrs müssen jetzt gesetzt werden. Nur so kann der ÖPNV eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden, der auch die Senior*innen von heute und morgen mitnimmt.

Grundsätzlich soll das Angebot eines Führerscheintauschs aber allen Bürger*innen zur Verfügung stehen, ungeachtet der Motivation oder der persönlichen Hintergründe. Der hohe Bestand an Kfz wird dauerhaft zu einem Problem in der Stadt, wenn bisher für den Autoverkehr reservierte Flächen auf andere Verkehrsmittel

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

umverteilt werden sollen.

*Deutsche Verkehrswacht, Zahlenmaterial von 2016.

**Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017.

Unterzeichnet von:

Lukas Bimmerle

Mathilde Göttel

Karin Binder